AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 52 | DIENSTAG, DEN 6. JULI | 2010

Inhalt:

	Seite
Anordnung zur Durchführung des Geldwäschegesetzes	1137
Genehmigungsverfahren	1137
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens	1138
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lurup 60	1138

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Durchführung des Geldwäschegesetzes

Vom 29. Juni 2010

Zuständige Behörde nach § 16 Absatz 2 Nummer 9 des Geldwäschegesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437, 2439), in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit § 2 Absatz 1

1. Nummern 3, 5, 9, 10 und 12 ist

   die Behörde für Wirtschaft und Arbeit,

2. Nummer 7, soweit es sich um registrierte Personen im Sinne des § 10 des Rechtsdienstleistungsgesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449, 2472), in der jeweils geltenden Fassung handelt, ist

   die Justizbehörde,

3. Nummer 11 ist

   die Behörde für Inneres.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 29. Juni 2010.

Amtl. Anz. S. 1137

Genehmigungsverfahren

Im Genehmigungsverfahren betreffend den Antrag des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin, vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes, Bernhard-Nocht-Straße 74, 20359 Hamburg, vom 12. April 2010, eingegangen am 23. April 2010, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 3 ergeht folgender Genehmigungsbescheid:

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz – GenTG) vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066) in Verbindung mit §§ 4 bis 7 der Verordnung über Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen (Gentechnik-Sicherheitsverordnung – GenTSV) vom 14. März 1995 (BGBl. I S. 297), jeweils in der aktuellen Fassung, wird der Antrag des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin, nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen, unbeschadet der auf besonderen privatrechtlichen Titeln bestehenden Ansprüche Dritter, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 3 im Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, Bernhard-Nocht-Straße 74, 20359 Hamburg, genehmigt.

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen versehen und berechtigt zur Durchführung folgender gentechnischer Arbeiten:

Projekt:

Untersuchungen zu Struktur und Replikation von Coronaviren aus Tierreservoiren.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Zustellung bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Hinweise:

Der Bescheid gilt mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger zwei Wochen verstrichen sind. Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Genehmigungsbescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten im Sinne des § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (VwVfG) schriftlich bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, angefordert werden (§ 69 Absatz 2 Satz 5 VwVfG). Eine Ausfertigung des Bescheides liegt dort in Zimmer A 118 vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen montags bis donnerstags

zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr sowie freitags zwischen 8.00 Uhr und 14.00 Uhr zur Einsicht aus.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –

Amtl. Anz. S. 1137

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585, 2617), für das Gebiet zwischen der Deutschen Bahn im Westen, der Korallusstraße im Norden und Osten sowie der Thielenstraße im Süden den bestehenden Bebauungsplan Wilhelmsburg 8 zu ändern (Aufstellungsbeschluss M 06/10; Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 136).

Eine Karte, in der das Plangebiet farbig dargestellt ist, kann beim Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Mitte während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Über die Flurstücke 1224 (Parallelstraße) und 6236, Nordgrenze des Flurstücks 12094, über das Flurstück 12094 der Gemarkung Wilhelmsburg, Nordgrenze des Flurstücks 6853 (Korallusstraße), über das Flurstück 6853 (Korallusstraße), Ostgrenze des Flurstücks 12096, über das Flurstück 12097, Südgrenze des Flurstücks 12097, über das Flurstück 12099, Ostgrenze des Flurstücks 8158, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 12120, Nordgrenze des Flurstücks 12119 der Gemarkung Wilhelmsburg, über das Flurstück 6853 (Korallusstraße) – Korallusstraße – Thielenstraße – über das Flurstück 10785 (Thielenstraße), Westgrenze des Flurstücks 10785 (Thielenstraße), Westgrenze des Flurstücks 1224 (Parallelstraße).

Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Wilhelmsburg 96 soll insbesondere das Ziel des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, durch das Nachverdichten von bestehenden Siedlungsstrukturen dringend benötigten Wohnraum in Form von Familien- bzw. altersgerechten Eigentums- und Mietwohnungen zu schaffen, verfolgt werden. Zudem soll im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden Internationalen Bauausstellung (IBA) der erneuerte Schulstandort Buddestraße/Koppelstieg durch das siedlungsstrukturelle Arrondieren des Korallusviertels im Sinne einer „Stadtreparatur“ weiter gestärkt werden.

Auf Grund des Ergebnisses eines kooperativen städtebaulich architektonischen Gutachterverfahrens aus dem Jahr 2009 wird eine konsequent freiräumliche Lösung mit vor dem Schienenlärm beruhigten Innenbereichen verfolgt.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

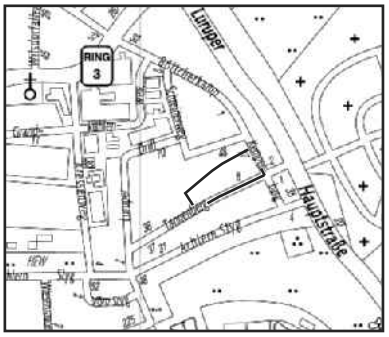
Amtl. Anz. S. 1138

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lurup 60

Das Bezirksamt Altona hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585, 2617), öffentlich auszulegen.

Bebauungsplan Lurup 60

Gebiet nördlich der Straße Tannenberg (Bezirk Altona, Ortsteil 220).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Westgrenze des Flurstücks 94 – Nordgrenzen der Flurstücke 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103 der Gemarkung Groß Flottbek – Kempelbarg – Tannenberg (Bezirk Altona, Ortsteil 220).

Der Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Lurup 60 schafft für die Grundstücke nördlich der Straße Tannenberg die planrechtlichen Voraussetzungen für eine zusätzliche Wohnbebauung auf den hinteren Grundstücksflächen. Auf Grund der Grundstücksgrößen bietet sich eine Nachverdichtung an, um bestehende Ressourcen und vorhandene Infrastrukturen nutzen zu können. Dabei ist eine behutsame Verdichtung geplant, die Rücksicht auf die vorhandene Bebauungsstruktur und den erhaltenswerten Baumbestand nimmt. Zusätzlich werden Erhaltungsgebote sowie An- bzw. Nachpflanzgebote für Bäume festgesetzt, um die vorhandene Grünstruktur zu sichern.

Da es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung zur Nachverdichtung handelt, wird der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt. Die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB ist nicht geplant.

Der Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlicher Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 19. Juli 2010 bis einschließlich 31. August 2010 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1–3 (Technisches Rathaus), V. Stock, 22767 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen zum Bebauungsplan bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Verspätet vorgebrachte Anregungen können unberücksichtigt bleiben.

Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 23. Juni 2010

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1138

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,
Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 10, HEIZUNGSINSTALLATIONEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Wärmeversorgungsanlage

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

ca. 150 m Anbindung Neubau mit Wärmetrasse,

ca. 1300 m Heizungsverrohrung,

ca. 100 Stück Heizkörper,

ca. 60 m erdverlegte Erdgasverrohrung vom Bestand zum Neubau.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250 000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Nummer f).
– Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 05/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 22. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 65,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 05/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 28. Juli 2010, 10.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 25. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

28. Juli 2010, 10.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

29. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 30. Juni 2010

Die Finanzbehörde

697

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Allgemeine Verwaltung
– Ausschreibung SBH3B2,
Zu Händen: Herr Achim Schaar,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 94,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 94
E-Mail: Achim.Schaar@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A/I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Gesamtschule Öjendorf,
Ersatz der abgängigen Bausubstanz
und Erweiterung;
LOS 3, ESTRICH- UND
OBERBELAGARBEITEN

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Zementestrich, Linoleum und Parkett

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

ca. 3300 m² Zementestrich mit Trittschalldämmung;

ca. 750 m² Linoleum;

ca. 1900 m² Hochkantlamelle.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250 000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Nummer f).
– Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1, Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH EG 12/10S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 049-072153 vom 11. März 2010

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 22. Juli 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 45,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung,
Empfänger: Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 20001590, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.
Verwendungszweck:
4100900000027 SBH EG 12/10S.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Daseingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

28. Juli 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 25. September 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

28. Juli 2010, 11.30 Uhr

Ort: SBH | Schulbau Hamburg,
Ausschreibung 3B2, Raum 240,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

29. Juni 2010

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Baumanagement,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontakstelle(n):
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 61 15
E-Mail:
Bernd.Homrighausen@sbh.fb.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):** –

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind:** –

Hamburg, den 30. Juni 2010

Die Finanzbehörde 698

HASPA Finanzholding
Konzernabschluss 2009
Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

Weltweit schärfster Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität seit 80 Jahren

Die 2007 begonnene und in 2008 markant verschärfte Finanzkrise entfaltete in 2009 noch immer ihre Folgen. Unter dem scharfen Rückgang des Welthandelsvolumens hat die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft besonders stark gelitten. Der Rückgang des deutschen Bruttoinlandsproduktes lag für das Gesamtjahr 2009 nach der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes bei 5 Prozent. Im Jahresverlauf ist auch die Zahl der Erwerbstätigen leicht gesunken, hat sich aber im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr praktisch nicht verringert. Die Beschäftigungslage zeigte sich somit vor dem Hintergrund der stark rückläufigen Produktion und gerade auch im internationalen Vergleich erstaunlich robust.

Seit dem Frühjahr 2009 gelang die Stabilisierung der Konjunktur, wozu auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen beigetragen haben. Neben der Verlängerung und Flexibilisierung des Instrumentes der Kurzarbeit sind hier vor allem die Maßnahmen der Ende 2008 und Anfang 2009 verabschiedeten Konjunkturpakete zu nennen. Sie umfassen zusätzlich beschlossene Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen des Staatssektors von insgesamt gut 80 Milliarden Euro, die zur knappen Hälfte im Jahr 2009 wirksam geworden sind. Allerdings haben die Konjunkturpakete, die Ausfälle bei den Steuereinnahmen und die Mehrausgaben in den Sozialversicherungssystemen den staatlichen Finanzierungssaldo tief ins Defizit gedrückt. Im internationalen Vergleich präsentiert sich Deutschland mit den Kennziffern der staatlichen Finanzierungsdefizite aber noch vergleichsweise solide.

Der Verbraucherpreisindex zeigt mit einem Plus von 0,4 Prozentpunkten im Jahresverlauf einen nur geringfügigen Anstieg der Inflation. Ein Akutwerden von Deflationsgefahren, wie sie sich Anfang der 30er Jahre in der Weltwirtschaftskrise oder in Japan in den 90er Jahren als Abwärtsspirale manifestiert hatten, wurde jetzt nicht zuletzt durch das entschlossene, geldpolitisch expansive Verhalten der Notenbanken verhindert.

Rückgang der Wirtschaftsleistung in Hamburg geringer als im gesamten Bundesgebiet

Im ersten Halbjahr 2009 sank das reale Bruttoinlandsprodukt in Hamburg um 4,4 Prozent – 2,4 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise waren damit zwar auch in der Hansestadt deutlich spürbar. Allerdings zeigte sich der Konjunktureinbruch trotz der starken Außenhandelsorientierung der Hamburger Wirtschaft vergleichsweise moderat. Dienstleistungsbranchen wie zum Beispiel der Groß- und Einzelhandel konnten sich vergleichsweise gut behaupten.

Die Rezession hat auf dem Hamburger Arbeitsmarkt allerdings deutliche Spuren hinterlassen. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 78.500 Hamburger arbeitslos gemeldet, ein Anstieg um 7,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Hamburg jedoch um 0,9 Prozent gestiegen. Damit liegt die Hansestadt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von -0,1 Prozent. Ein Beleg für die überdurchschnittliche Stärke der Hamburger Wirtschaft auch in schwierigen Zeiten.

Entwicklung an den Finanzmärkten

Nachdem die Europäische Zentralbank bereits in 2008 dazu übergegangen war, ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte nicht mehr als Zinstender zu variablen Sätzen, sondern als Mengentender zu festen Sätzen und ohne Volumengrenzen zuzuteilen, ist der Geldmarkt in 2009 regelrecht geflutet worden. Mit dem Leitzins von 1 Prozent unweit der Nullmarke angelangt, sah sich die Europäische Zentralbank im Sommer 2009 veranlasst, mit der Ausweitung der Laufzeit der Tenderoperationen und einem Ankaufprogramm von gedeckten Schuldverschreibungen weitere Instrumente für eine nötig erscheinende Expansion einzusetzen. Die Wertpapiermärkte und der Interbankengeldmarkt entspannten sich zusehends und die zuvor dort herrschenden ungewohnt hohen Risiko- und Liquiditätsprämien bauten sich im Jahresverlauf 2009 sukzessive ab. Ab Sommer 2009 kann von einer graduellen Normalisierung des Geldmarktgeschehens gesprochen werden.

Angesichts der deutlich geminderten Investitionstätigkeit der Unternehmen hat die Nachfrage nach Krediten stark nachgelassen. Ungeachtet des verringerten Wachstums der Kreditbestände in der Rezession besteht – trotz der seit Sommer 2009 vermehrt geführten Diskussion um diesen Begriff – in Deutschland keine Kreditklemme. Die dezentralen Verbundgruppen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken konnten als Marktführer für die Kreditfinanzierung des Mittelstandes auch im Jahr 2009 die Kreditversorgung gewährleisten und in Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe weitere Marktanteile hinzugewinnen und die Kreditvergabe zum Teil sogar ausweiten.

Konzernstrategie

Klare Ausrichtung der HASPA-Gruppe

Als geschäftsleitende Holding übernimmt die HASPA Finanzholding Verantwortung für die unternehmerische Weiterentwicklung der HASPA-Gruppe, mit deren zentralen Gesellschaften im Laufe des Jahres 2009 Unternehmensverträge abgeschlossen wurden. Das Kernziel der HASPA Finanzholding ist es, die HASPA-Gruppe so zu positionieren, dass die strategische Handlungsfähigkeit langfristig gesichert ist. Damit steht die unternehmerische Weiterentwicklung der HASPA-Gruppe im Fokus des Handelns der HASPA Finanzholding.

Die Basis zur Sicherung der strategischen Handlungsfähigkeit der HASPA Finanzholding ist und bleibt ein erfolgreiches Sparkassengeschäft in der Metropolregion Hamburg. Dieses wird durch die Hamburger Sparkasse AG als zentrales Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding betrieben. Damit zielt die Ausrichtung des Konzerns entscheidend darauf ab, die Hamburger Sparkasse AG, die auch im vergangenen Jahr ihre Position als Marktführer in der Region behauptet hat, darin zu unterstützen, weiterhin profitabel zu wachsen und somit die Sparkassenidee langfristig zu sichern. Dieses Ziel ergibt sich bereits aus der Satzung der HASPA Finanzholding.

Um dieses Ziel zu erreichen gilt es, die Wettbewerbsvorteile im Sparkassengeschäft wie regionale Verwurzelung, Marktkenntnis, flächendeckende Präsenz, menschliches Banking und eine starke Marke zu erhalten und Kostennachteile aus dezentraler Produktion und Abwicklung zu vermindern. Die HASPA Finanzholding praktiziert dies bereits seit Jahren in erfolgreichen Partnerschaften mit den freien Sparkassen in Schleswig-Holstein. Als Ausdruck von Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit der Zusammenarbeit ist die HASPA Finanzholding in den vergangenen Jahren Minderheitsbeteiligungen an den schleswig-holsteinischen freien Instituten, der Sparkasse Mittelholstein AG in Rendsburg, der Sparkasse zu Lübeck AG, der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowie der Bordesholmer Sparkasse AG, eingegangen. Im Rahmen der kapitalunterlegten Kooperationen wird diesen Sparkassen ermöglicht, betriebswirtschaftliche Vorteile durch Nutzung von Kostensynergien und Ertragspotenzialen aus der Zusammenarbeit in unterschiedlichen Feldern mit der Hamburger Sparkasse AG sowie anderen Unternehmen der HASPA-Gruppe zu erzielen. Im Gegenzug zu Kapitalunterlegung und Kooperationen partizipiert die HASPA Finanzholding von positiven Effekten primär über Wertsteigerungen der Sparkassen, an denen sie beteiligt ist . Damit bieten sich für die HASPA-Gruppe und ihre Partner Chancen auf ein gesundes Wachstum im Kerngeschäft.

Haspa-Gruppe auf Wachstumskurs

Um auch in Zukunft erfolgreich und unabhängig in einem herausfordernden Umfeld agieren zu können, ist ein nachhaltiges Wachstum unverzichtbar. Dies gilt sowohl für die HASPA-Gruppe als auch für ihre Partner. Mit der angestrebten Ausweitung der kapitalunterlegten Kooperationen in Norddeutschland und vor dem Hintergrund weiter zusammenwachsender Wirtschaftsräume möchte die HASPA Finanzholding Wachstumschancen der Sparkassen in Schleswig-Holstein fördern und so deren Unabhängigkeit bewahren. Dabei stärkt das Wachstum jedes einzelnen Partners den Verbund, das Wachstum des Verbundes wiederum erhöht die Attraktivität für die bestehenden und neuen Partner – Wachstum des Einzelnen und des Verbundes fördern sich gegenseitig.

Die HASPA Finanzholding steht auf Wunsch als kapitalstarker Partner auch für weitere Sparkassen in Norddeutschland zur Verfügung. Eine Zusammenarbeit auf Basis identischer Werte und Ziele eröffnet dabei die Möglichkeit, die sich bietenden Marktchancen konsequent zu nutzen.

Auch Beteiligungen an Nicht-Sparkassen integraler Bestandteil der Konzernstrategie

Während die Ausrichtung der HASPA-Gruppe auf das Retailbanking mit dem Ziel der Sicherung der Sparkassenidee durch die Beteiligung an der Hamburger Sparkasse AG sowie an den vier freien Sparkassen in Schleswig-Holstein besonders sichtbar wird, dienen auch die weiteren Beteiligungen primär diesem Ziel. Die Sicherung der Sparkassenidee kann dabei durch die einzelnen Beteiligungsunternehmen auf verschiedene Weise unterstützt werden. Eine stärker unmittelbare Unterstützung ergibt sich durch diejenigen Unternehmen, die mit den Sparkassen in direkten Leistungsbeziehungen für Produkte oder Dienstleistungen stehen. Eine stärker mittelbare Unterstützung erfolgt hingegen durch diejenigen Unternehmen, die ökonomische Erfolge dadurch erzielen, dass sie in Geschäftsfeldern mit sparkassentypischen Kunden tätig sind. Die HASPA Finanzholding begleitet diese Unternehmen aktiv mit dem Ziel, bestehende Leistungsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu optimieren und gegebenenfalls auszubauen sowie auf Basis auch einer systematischen Beobachtung und Analyse der relevanten Märkte die Geschäftsmodelle wachstumsorientiert weiter zu entwickeln.

So sollen zur Unterstützung der kapitalunterlegten Kooperationen mit Sparkassen in Norddeutschland umfassende Synergien durch die Bündelung von Mengengerüsten in Servicegesellschaften gehoben werden. Die HASPA-Gruppe hat mit der NRS Norddeutsche Retail-Service AG einen erfolgreichen Dienstleistungsanbieter für wesentliche Marktfolge- und Stabsfunktionen am Markt etabliert. Ihr Angebot umfasst Leistungen, die vom Kreditservice über Marktservice und Zahlungsverkehr bis hin zu Dienstleistungen in Finanzen und Controlling reichen. Zu den Mandanten der NRS zählen über 30 Sparkassen. Aus Sicht der Sparkassen liegen die strategischen und betriebswirtschaftlichen Vorteile einer Zusammenarbeit mit der NRS in der nachhaltigen Hebung von umfassenden Kostensynergien, in der Nutzung von ausgewiesener Expertise in einem Knowhow-intensiven Geschäft sowie in der Möglichkeit der Qualitätsverbesserung.

Ferner unterstützen beispielsweise die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, die neue leben-Gesellschaften sowie die KGAL GmbH & Co. KG als Produktlieferanten, sowie die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG und die HLS Hamburger Logistik Service GmbH als Dienstleister mit ihren Angeboten die Hamburger Sparkasse AG. Die Grossmann & Berger GmbH leistet mit ihrer Tätigkeit als Immobilienmakler positive Impulse nicht nur für das Baufinanzierungsgeschäft der Hamburger Sparkasse AG, sondern rundet durch qualifizierte Beratungsleistungen auch das Dienstleistungsangebot rund um die Immobilie ab. Die zusätzliche mittelbare Förderung der Sparkassenidee durch diese und weitere Beteiligungen der HASPA Finanzholding über die Tätigkeit in Geschäftsfeldern mit sparkassentypischen Kunden soll durch positive wirtschaftliche Ergebnisse entlang eines vorgesehenen Wachstumspfads dokumentiert werden. Die hierfür Erfolg versprechenden Geschäftsmodelle werden – wie nachfolgend dargelegt – gemeinsam mit den Beteiligungsunternehmen fortentwickelt.

Aktives Beteiligungsmanagement bei Tochtergesellschaften im Sinne der Konzernstrategie

Nachdem bereits im Jahr 2008 die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG bei ihrer grundlegenden strategischen Neupositionierung hin zu einem leistungsstarken Immobilienverwalter unterstützt wurde, der neben der Verwaltung verbliebener Eigenbestände nunmehr auch Drittkunden ein professionelles Property-Management für ihre Immobilien anbietet, liegt der Fokus jetzt auf einer Bündelung sämtlicher Immobilienverwalter-Aktivitäten innerhalb der HASPA-Gruppe. Da außer der NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG auch das Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH sowie die GBG Hansegrund GmbH, ein Tochterunternehmen unseres Immobilienmaklers Grossmann & Berger GmbH, nennenswerte Immobilienbestände betreuen, sollen insbesondere durch die Fokussierung von Managementkapazitäten sowie die Harmonisierung der Workflows Effizienz- und Synergiepotenziale gehoben werden.

Darüber hinaus wird der Immobilienmakler Grossmann & Berger GmbH bei der Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie gerade im Bereich Wohnimmobilien begleitet, die auf konsequentes Wachstum ausgerichtet ist. Mit der Gewinnung eines weiteren Geschäftsführers, der ausschließlich für den Bereich Wohnen verantwortlich ist, konnte dieses Segment weiter gestärkt werden. Die Standortexpansion wurde mit der Shoperöffnung in der Region Bergedorf und der Aufstockung der Kapazitäten der beste-

henden Standorte kontinuierlich fortgesetzt. Grossmann & Berger steht den Hamburgern und den mit Hamburg verbundenen Menschen an nunmehr sieben Standorten mit einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot zur Verfügung.

Für die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG ist die Unterstützung der weiteren Stärkung der Verbundpartnerschaft mit ihren Vertriebspartnern, den Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg, ein zentrales Element der Weiterentwicklung. Hierzu sollen sowohl die stärker auf die Bedürfnisse der Sparkassen neuausgerichtete Vertriebsorganisation als auch das durch die Finanzmarktkrise begünstigte Bausparklima genutzt werden, um das Bausparen als wesentlichen Bestandteil des privaten Baufinanzierungsgeschäfts auszubauen. Zentrale Aufgabe ist das Erreichen des strategischen Ziels „40 plus“, das die Angleichung des LBS-Marktanteils im Bauspargeschäft an die Marktanteile der Sparkassen im Retailgeschäft vorsieht.

Die auf Geld- und Werttransporte spezialisierte Logistiktochter HLS Hamburger Logistik Service GmbH begleiten wir intensiv dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Optimierung der Leistungs- und Organisationsstrukturen weiter zu stärken. Hieran anknüpfend soll mit einem hinsichtlich Preis, Leistungsumfang und Qualität weiter verbesserten Cashdienstleistungs-Portfolio zum einen die Hamburger Sparkasse AG weiterhin mit attraktiven Angeboten versorgt werden. Zum anderen sollen auf dieser Basis weitere Drittkunden aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche in der Metropolregion Hamburg gewonnen und damit auch die Beschäftigungsperspektiven für Mitarbeiter nachhaltig gefestigt werden. Hierbei konnte mit einer größeren Umlandsparkasse bereits im Jahr 2009 ein wichtiger Akquisitionserfolg erreicht werden.

Die KGAL GmbH & Co. KG ist einer der größten deutschen Fondsinitiatoren. Sie entwickelt, vertreibt und verwaltet geschlossene Fonds vorrangig für Retail-Kunden. Die besondere Fondsmanagement-Qualität wurde in 2009 von den unabhängigen Ratingunternehmen Feri und SCOPE durch die Vergabe von Höchstwerten bestätigt. Damit bilden die KGAL-Produkte einen wesentlichen Bestandteil des Fondsuniversums, auf das die Hamburger Sparkasse AG im Rahmen ihres Best Advice-Ansatzes zurückgreifen kann. Darüber hinaus besteht auch durch die aktive Begleitung der Beteiligung in ihrer gemeinsam mit dem Management fortentwickelten geschäftsstrategischen Ausrichtung die besondere Chance, an künftig wieder wachsenden Märkten für geschlossene Retail-Fonds zu partizipieren.

Die enge Verbindung der HASPA Finanzholding zu den Tochtergesellschaften ergibt sich darüber hinaus aus ihrer Rolle als Kompetenzcenter hinsichtlich umfangreicher Dienstleistungen für die Unternehmen im Konzernverbund, insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung. So übernimmt die HASPA Finanzholding die Steuer- und Rechtsberatung für alle Konzerntöchter.

Geschäftsverlauf der Haspa-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses

Im Geschäftsjahr 2009 weist die HASPA-Gruppe einen zufriedenstellenden Konzern-Jahresüberschuss von gut 56 Millionen Euro aus, der – auch vor dem Hintergrund der konjunkturellen Herausforderungen und der noch immer nicht störungsfreien Lage an den Finanzmärkten – durch eine insgesamt konservative Bewertung und eine nochmals erhöhte Vorsorge für künftige mögliche Risiken in Folgejahren geprägt ist. Der Steueraufwand ist auch mit Blick auf die teilweise steuerlich nicht wirksame Risikovorsorge im Vorjahresvergleich merklich angestiegen. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung wird im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage

Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Milliarden Euro auf 39,3 Milliarden Euro. Diese erneut erfreuliche Ausweitung ist vornehmlich auf das deutlich gewachsene Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Die Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe stellt sich mit einer Kernkapitalquote von 10,8 Prozent und einer Gesamtkennziffer von 12,5 Prozent weiterhin komfortabel dar. Die Werte liegen deutlich über den Anforderungen der Bankenaufsicht und erlauben es, die von internationalen Foren ausgehende Diskussion um etwaig höhere Kapitalanforderungen für Banken bzw. Bankengruppen unaufgeregt zu verfolgen. Die Kapitalausstattung ist weiterhin eine gute Basis für ein unabhängiges und nachhaltiges Wachstum der HASPA-Gruppe.

Die Liquiditätslage der Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt, ist entspannt. So tritt die Hamburger Sparkasse AG auch in Zeiten angspannter Geldmärkte aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf.

Entwicklung wichtiger Konzern-Unternehmen

Hamburger Sparkasse AG erzielt zufriedenstellendes Ergebnis

Die Hamburger Sparkasse AG erreichte im Geschäftsjahr 2009 ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von knapp 296 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um rund 49 Millionen Euro. Maßgeblichen Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung hat der Zinsüberschuss als nach wie vor größte Ertragskomponente, der insbesondere die Rückgänge im Provisionsüberschuss und einen Anstieg im Verwaltungsaufwand überkompensierte.

Der Zinsüberschuss lag mit 711 Millionen Euro knapp 120 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau. Hier wirkte sich das spürbar gesunkene Niveau der kurzfristigen Zinsen günstig aus. Während die Hamburger Sparkasse AG für aufgenommene Mittel eine eher kurzfristige Zinsbindung eingegangen ist und infolgedessen nunmehr einen verminderten Zinssatz bezahlte, sind die ausgeliehenen Mittel größtenteils durch längere Zinsbindungen geprägt. Im Ergebnis fiel damit der Fristentransformationsbeitrag deutlich günstiger aus. Das Kundengeschäft blieb auf Wachstumskurs und konnte die aktivischen und passivischen Bestände ausweiten.

Der Provisionsüberschuss stand auch im Berichtsjahr noch unter den Belastungen der Finanzmarktkrise. So zeigten sich die Verunsicherungen der Kunden insbesondere auch in einem rückläufigen Wertpapiergeschäft. Positive Entwicklungen, wie zum Beispiel die Provisionen aus dem Darlehensgeschäft in Folge hoher Kreditvergaben, konnten die Rückgänge nicht vollständig kompensieren, so dass der Provisionsüberschuss in Summe um 12 Prozent oder 31 Millionen Euro auf knapp 229 Millionen Euro zurückging.

Der Verwaltungsaufwand liegt mit 655 Millionen Euro gut 29 Millionen Euro über dem Vorjahr. Hier zeigt sich beim Anstieg des Personalaufwands um 27 Millionen Euro auf 351 Millionen Euro zum einen der Mitarbeiteraufbau im Vertriebsbereich, der das nachhaltige Wachstum im Kundenge-

schäft absichern soll. Zum anderen belasteten die – aufgrund spürbar gestiegener Insolvenzen in Deutschland – deutlich zugenommenen Pflichtbeiträge zum Pensionssicherungsverein den Personalaufwand des abgelaufenen Jahres. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen erhöhten sich dagegen nur leicht um zusammen gut 2 Millionen Euro.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind in Summe – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. Diese vorsichtigen Bewertungsansätze führten zum einen zu einer ungünstigeren Vorsorge im Kreditgeschäft, zum anderen werden die Wertpapier-Eigenanlagen weiter ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. In der Folge war das Bewertungsergebnis Wertpapiere zwar weiterhin durch das ungünstige Kapitalmarktumfeld belastet, jedoch ergibt sich gerade daraus ein Zuschreibungspotenzial im Hinblick auf mögliche zukünftige Wertaufholungen. Insgesamt geht die deutliche Erhöhung im Bewertungsergebnis gegenüber dem Vorjahr jedoch auf eine aufgestockte Vorsorge für künftige mögliche Risiken der Folgejahre zurück.

Das nach einer Steuerumlage von 48 Millionen Euro verbleibende Jahresergebnis befindet sich mit 60 Millionen Euro auf Vorjahresniveau und wird aufgrund des im Berichtsjahr abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrags vollständig an die HASPA Finanzholding abgeführt.

Auch künftig wird die Hamburger Sparkasse AG ihre Strategie in der Metropolregion Hamburg kontinuierlich weiterentwickeln. Alle Aktivitäten bleiben auf die Privat-, Individual- und mittelständischen Firmenkunden sowie das mehrfach ausgezeichnete Private Banking ausgerichtet. Die konsequente Fokussierung auf das Retailgeschäft sowie die umfassende Betreuung der Kunden wird neben der Erhöhung der Kundeneinlagen insbesondere auch zu erhöhten Kreditbeständen führen. Die Bedienung der Kreditnachfrage ist durch eine komfortable Eigenkapital- und Liquiditätssituation abgesichert. Für 2010 wird in Folge eines nochmals steigenden Zinsüberschusses ein erfreuliches Betriebsergebnis vor Bewertung erwartet.

NRS Norddeutsche Retail-Service AG mit kontinuierlicher Stärkung der Marktposition

Die NRS Norddeutsche Retail-Service AG bildet mit ihren drei Tochterunternehmen Kredit-ServiceCenter GmbH, ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH und NRS Consulting GmbH die NRS-Gruppe, die rund 1.350 Mitarbeiter an den Standorten Hamburg, Bremen und Neumünster sowie in einer Dependance in Lübeck beschäftigt. Die NRS-Gruppe bündelt für Sparkassen Marktfolge- und Stabsfunktionen in den Bereichen Finanzen und Controlling, Kreditservice, Marktservice, Zahlungsverkehr sowie Prozessberatung. Sie ist damit der erste Komplettanbieter im deutschen Markt, der wesentliche Back-Office-Bereiche in einer „One-Stop-Shopping"-Philosophie anbietet. Durch Effizienz- und Qualitätsgewinne sowie kompetitive Preise der angebotenen Produkte stärkt die NRS die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen, eröffnet Wachstumschancen und schafft zukunftssichere Arbeitsplätze bei den Sparkassen und der NRS. Mit Blick auf die laufenden und die noch zu erwartenden Veränderungen in der Bankenlandschaft ist hier ein zukunftsweisendes Kooperationsmodell im deutschen Sparkassensektor entstanden.

Im vergangenen Geschäftsjahr hat die NRS-Gruppe ihre Umsatzerlöse um rund 5 Prozent auf 86,5 Millionen Euro gesteigert. Diese Umsatzzuwächse sind auch auf eine erfreuliche Entwicklung im Bestandsgeschäft zurückzuführen – trotz der Weitergabe von Kostenvorteilen in Form von Preissenkungen. Darüber hinaus konnten Neukunden gewonnen werden, und der Absatz von neu entwickelten Produkten ist erfolgreich angelaufen. Im Ergebnis hat die NRS einen Jahresüberschuss von 1,4 Millionen Euro erzielt. Davon wird eine Million Euro ausgeschüttet, und die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil von 0,6 Millionen Euro phasengleich in 2009.

Die hohe Kostendisziplin in den Sparkassen hält unvermindert an. Die NRS ist im abgelaufenen Geschäftsjahr diesem Marktdruck sowie dem zunehmenden Wettbewerb durch weitgehende Kostensenkungen begegnet und wird diesen Weg auch in der Zukunft konsequent fortsetzen. Weitere Produktivitätssteigerungen, der kontinuierliche Ausbau der bestehenden Kundenverbindungen sowie die Neukundengewinnung – auch durch die Entwicklung neuer Produkte – werden in den kommenden Jahren zu einem Anstieg der Umsatzerlöse bei einem Ergebnis auf gleichbleibendem Niveau führen.

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG folgt hinsichtlich Neugeschäftsentwicklung dem Branchentrend

Trotz eines durch die Finanzmarktkrise einerseits tendenziell begünstigten Bausparklimas aufgrund des gewachsenen Sicherheitsbedürfnisses der Kunden bei Anlage- und Finanzierungsgeschäften zeigten sich diese andererseits im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 dennoch verhalten hinsichtlich des Abschlusses langfristiger Verträge. Vor diesem Hintergrund hatte nahezu die gesamte Bausparbranche im Vergleich zum Vorjahr spürbare Umsatzrückgänge zu verzeichnen.

Auch die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG (LBS) konnte sich vertriebsseitig nicht vom allgemeinen Branchentrend entkoppeln. So reduzierte sich im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr der Absatz von Neuverträgen bezogen auf die Bausparsumme insgesamt um 7,7 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro; die Marktanteile gaben in diesem Kontext in beiden Marktgebieten nach. Der Vermittlungsanteil der Hamburger Sparkasse AG belief sich dabei auf 48,1 Prozent, der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen auf 39,7 Prozent und der eigene Außendienst trug mit einem Vertriebsanteil von 12,2 Prozent zum Geschäftsergebnis bei. Zum Jahresende betreute die LBS insgesamt 480.389 Verträge mit einer verwalteten Bausparsumme von 12,7 Milliarden Euro, die sich damit leicht um 1,5 Prozent erhöht hat.

Das Kreditneugeschäft der LBS hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß rückläufig entwickelt. Betroffen hiervon war in erster Linie das außerkollektive Kreditgeschäft. Insbesondere infolge bewussten Verzichts auf Kreditsonderaktionen halbierten sich in diesem Segment die Neubewilligungen. Das Volumen aller in 2009 zugesagten Bauspardarlehen sowie der Vor- und Zwischenfinanzierungen ging von 267 Millionen Euro im Vorjahr auf 180 Millionen Euro zurück.

Angesichts der Umfeldbedingungen sowie der Wettbewerbsintensität im Bausparmarkt hat die LBS im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 in Summe ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielt. Tragende Säulen waren dabei ein stabiler Zinsüberschuss und geringere Verwaltungsaufwendungen. Damit erhöhte sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,7 Prozent auf 15,7 Millionen Euro. Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss von 8,7 Millionen Euro ausgewiesen, der vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet werden soll.

Die LBS geht davon aus, dass das durch die Finanzmarktkrise begünstigte Bausparklima einerseits sowie die Einbeziehung des Wohneigentums in die Altersvorsorgeförderung („WohnRiester“) mit dem Produkt „LBS-EigenheimRente“ andererseits zusätzliche Vertriebsimpulse für das Bausparen geben wird. Neben dem Schwerpunkt bausparunterlegter Immobilienfinanzierungen der Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg bietet auch der Modernisierungsmarkt für die Ausweitung des Bausparumsatzes günstige Perspektiven.

Für das Geschäftsjahr 2010 rechnet die LBS daher bereits mit einem nennenswerten Neugeschäftszuwachs von rund 14 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro. Mit einer neuen, auf die Betreuungsbedürfnisse der Sparkassen ausgerichteten Vertriebsstruktur wurden für die geplanten Geschäftszuwächse auch die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH profitiert von Gewinnsteigerung der neue leben

Die mit 19 Prozent an der neue leben Holding AG beteiligte Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn in Höhe von rund 3,1 Millionen Euro, der vollständig an die HASPA Finanzholding abgeführt wird und im Wesentlichen aus einer leicht verbesserten Ausschüttung der neue leben Holding AG resultiert. Der Bilanzgewinn dieser Gesellschaft stieg in dem hier maßgeblichen Geschäftsjahr 2008 um 0,4 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro an; diese Entwicklung ist insbesondere auf ein wachsendes Restschuldgeschäft zurückzuführen.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die neue leben Gesellschaften sind aufgrund der konservativen Anlagepolitik weiterhin vergleichsweise gering. Diese erfolgreiche Anlagepolitik sowie eine günstige Kostensituation dokumentieren sich auch darin, dass die neue leben die Gesamtverzinsung der Lebensversicherungsverträge auf konstant hohem Niveau halten konnte, während viele andere Versicherungsgesellschaften die Gesamtverzinsung senken mussten.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG mit sichtbaren Erfolgen als Immobilienverwalter im Rahmen der strategischen Neuausrichtung

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2009 der NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG (Nord-IMMO) war von der Umsetzung der in 2008 gemeinsam mit der HASPA Finanzholding eingeleiteten strategischen Neuausrichtung vom Bestandshalter eigener Immobilien hin zum Immobilienverwalter für Drittkunden im Sinne eines professionellen Property-Managements geprägt. Hierbei ist der Nord-IMMO mit weiteren erfreulichen Akquisitionserfolgen der Eintritt in einen interessanten, aber gleichzeitig umkämpften Markt gelungen. So konnten in diesem neuen Geschäftssegment die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um knapp 20 Prozent auf gut 0,6 Millionen Euro gesteigert werden.

Insgesamt schloss die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2009 mit einem erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von 0,7 Millionen Euro ab.

Auf der Grundlage der erfolgreichen Neuausrichtung wird die Nord-IMMO im weiteren Verlauf eine zentrale Rolle bei der Neuordnung sämtlicher Immobilienverwalter-Aktivitäten innerhalb der HASPA-Gruppe übernehmen. Hierzu wird das Management gemeinsam mit der HASPA Finanzholding die konzeptionellen Rahmenbedingungen sowie geeignete Organisationsstrukturen definieren und mit Leben füllen, die auf die Hebung von Effizienz- und Wachstumspotenzialen ausgerichtet sind.

Grossmann & Berger GmbH kann sich negativer Marktentwicklung nicht vollständig entziehen

Das gegenüber dem Vorjahr leicht reduzierte Ergebnis unserer Maklertochter Grossmann & Berger GmbH reflektiert einerseits die weiterhin sehr verhaltene Marktsituation im Gewerbe-Investmentbereich, andererseits die erfolgreichen Investitionen der letzten Jahre in den Bereich Wohnen. Im Investmentbereich ist das großvolumige Portfoliogeschäft in 2009 komplett zum Erliegen gekommen. Im Bereich Wohnen konnte die Marktposition durch die kontinuierliche Fortsetzung der Expansion mit einem neuen Standort sowie der Aufstockung von Mitarbeiterkapazitäten in bestehenden Immobilienshops weiter gefestigt werden; der Bereich Wohnen trug damit wesentlich zur Umsatz- und Ergebnisfestigung bei.

Mit einem Umsatz von rund 15,5 Millionen Euro wurde im Geschäftsjahr 2009 ein Jahresüberschuss von 1,3 Millionen Euro erzielt. Der auf die HASPA Finanzholding entfallende Teil des Jahresüberschusses wurde phasengleich in 2009 vereinnahmt. In 2010 rechnet Grossmann & Berger bereichsübergreifend mit sich seitwärts entwickelnden Märkten. Ungeachtet dessen wird der systematische Ausbau des Bereichs Wohnen zur Sicherung auch künftigen Wachstums weiter verfolgt. Insgesamt wird bei einer vorsichtigen Planung davon ausgegangen, ein gegenüber dem Vorjahr leicht reduziertes Ergebnis zu erwirtschaften.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2009 sind trotz der fortdauernden konjunkturellen Risiken über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht

Risikomanagementziele und Risikoarten

Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe. Durch die Gesamtheit zentral und dezentral installierter Risikomanagementsysteme wird sichergestellt, dass die Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken jederzeit gewährleistet ist.

Die HASPA-Gruppe sieht sich insbesondere den Adressausfall- und Marktpreisrisiken sowie den operationellen Risiken ausgesetzt, die auf Ebene der HASPA Finanzholding in ein Beteiligungsrisiko münden.

Risikomessung und -steuerung in den Beteiligungsunternehmen

Die Erfassung von Risiken in der HASPA-Gruppe zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Während das konzernweite Beteiligungscontrolling der HASPA Finanzholding eine gesamtheitlich orientierte Sicht gewährleistet, werden die operativen Risiken primär dezentral in den einzelnen Beteiligungsunternehmen gemessen und gesteuert.

Eine wirksame Risikomessung setzt eine klare Systematisierung der Risiken voraus. Dabei unterscheidet die HASPA-Gruppe insbesondere Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken.

Ausgerichtet auf die Retailstrategie der Hamburger Sparkasse AG stehen die Kundengeschäftsfelder Privatkunden, Individualkunden und Firmenkunden im Mittelpunkt der Gesamtbanksteuerung. Diese ist gekennzeichnet durch die

Verbindung interner, klar ökonomisch ausgerichteter Steuerungsgrößen und externer Größen, die beispielsweise durch handels- oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Durch die integrierte Sicht wird eine gezielte betriebswirtschaftliche Steuerung ermöglicht.

Im Rahmen der in die Gesamtbanksteuerung eingebetteten Risikoquantifizierung und -steuerung wird die Risikotragfähigkeit durch einen Abgleich von Risiken und verfügbaren Deckungsmassen überwacht. Darüber hinaus finden die kreditinstitutsspezifischen aufsichtsrechtlichen Vorgaben insbesondere zur Eigenmittelausstattung Beachtung.

In vergleichbarer Weise berücksichtigen die weiteren Unternehmen der HASPA-Gruppe in der konkreten Ausgestaltung ihres Risikomanagements Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaige spezialgesetzliche Anforderungen.

Gesamtheitliche Sicht durch Beteiligungscontrolling

Auf Ebene der HASPA Finanzholding erfolgt eine Risikobetrachtung mit Hilfe eines konzernweiten Beteiligungscontrollings auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse. Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen wesentliche Erkenntnisse aus den Risikomanagementsystemen der Unternehmen der HASPA-Gruppe einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Auf der Basis der Geschäftsstrategie der HASPA Finanzholding wird regelmäßig eine Analyse des Beteiligungsportfolios vorgenommen, die eine Grundlage für die Beteiligungsstrategie der HASPA Finanzholding darstellt. Die Untersuchung des Beteiligungsportfolios berücksichtigt unter anderem die individuelle Positionierung der Beteiligungsunternehmen in den jeweiligen Märkten sowie eine Stärken-Schwächen-Analyse. Aus den Analyseergebnissen werden gegebenenfalls entsprechende Maßnahmenpläne abgeleitet und umgesetzt.

Unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele leitet das Management – in Abstimmung mit dem Beteiligungscontrolling – operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen der Beteiligungsgesellschaften ab. Auf dieser Basis werden die laufenden Berichtszahlen den Planzahlen gegenübergestellt, Abweichungen analysiert und Steuerungsmaßnahmen entwickelt. Etwaige Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen können somit frühzeitig erkannt und weitere Schritte eingeleitet werden. Hierzu trägt auch die Erhebung der Risiken in der HASPA-Gruppe im Rahmen des Früherkennungssystems unter Berücksichtigung definierter Kategorien in einem jährlichen Prozess bei. Die Planungs- und Berichtsdaten der Beteiligungsunternehmen werden auf Ebene der HASPA Finanzholding aggregiert.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess

Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungslegungsprozess ist im Bereich Finanz- und Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystem und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch einen Dienstleister vorgenommen. Dessen Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzern-Bilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Während noch vor Jahresfrist große Unsicherheit über die weitere Entwicklung herrschte, wird nun für 2010 von der Fortsetzung einer moderaten Erholung der deutschen Volkswirtschaft ausgegangen. Dabei ist vor allem ein exportgetriebenes Wachstum zu erwarten, während ein Anspringen der Binnenkonjunktur frühestens für 2011 erwartet werden kann. Mit einer für 2010 prognostizierten Wachstumsrate von kaum über 1 Prozent kann von einem echten, selbsttragenden Aufschwung noch keine Rede sein. Das bedeutet, dass die Konjunktur weiterhin der wirtschaftspolitischen Stützung bedarf. Auch wenn sich der deutsche Arbeitsmarkt 2009 überraschend gut geschlagen hat, so dürfte doch 2010 die Erwerbstätigkeit rückläufig sein.

Es ist damit zu rechnen, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen bis weit in das Jahr 2010 hinein bei der Marke von 1 Prozent belassen und im Jahresverlauf einen allmählichen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik einleiten wird. Auch wenn die Verbraucherpreise sich im Jahr 2010 in einer Größenordnung von lediglich um 1 Prozent erhöhen werden, stehen Finanz- und Geldpolitik in den nächsten Jahren angesichts massiver Erhöhung der Staatsverschuldung und drohender Inflationsrisiken vor der schwierigen Gratwanderung, die noch labile Konjunktur nicht zu schwächen, aber eben doch die Weichen für langfristige Solidität zu stellen.

Hamburg wächst

Hamburg wird von der Konjunkturerholung und der Zunahme des Welthandels in besonderem Maße profitieren. Entsprechend könnte die Erholung der Hamburger Wirtschaft etwas stärker als im Bundesdurchschnitt ausfallen. So darf im Jahr 2010 ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von mindestens 1,5 Prozent erwartet werden. In Folge der tiefen Rezession muss jedoch mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahl gerechnet werden.

Aktuelle Studien bescheinigen Hamburg gute Zukunftsaussichten. Nach einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Feri im Auftrag des Magazins Capital ist Hamburg die Stadt mit den besten ökonomischen Aussichten in Deutschland. Und das Bundesländer-Ranking der WirtschaftsWoche hat gezeigt, dass in keinem anderen Bundesland die wirtschaftliche Dynamik derzeit so stark ist wie in Hamburg.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe

Den eingeschlagenen Kurs der HASPA-Gruppe in Richtung des weiteren Ausbaus der kapitalunterlegten Kooperationen gilt es auch im Jahr 2010 kontinuierlich fortzusetzen. Eine Anpassung des Sparkassengesetzes in Schleswig-Holstein, die der HASPA Finanzholding das Eingehen von Minderheitsbeteiligungen auch an öffentlichrechtlichen Sparkassen ermöglicht, wäre dafür ein wesentlicher Meilenstein. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein möchte die Eigenkapitalausstattung „ihrer“ Sparkassen verbessern. Die CDU/FDP-Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag klar zur Rolle der Sparkassen vor Ort bekannt und sich daher festgelegt, das Sparkassengesetz dergestalt zu ändern, dass den Sparkassen eine bessere Eigenkapitalausstattung ermöglicht wird.

Die angestrebten Minderheitsbeteiligungen der HASPA Finanzholding würden wesentlich dazu beitragen, dass die Sparkassen in Hamburg und Schleswig-Holstein weiterhin als kraftvolle Partner im Retailbanking für Privat- und mittelständische Firmenkunden zur Verfügung stehen und somit ihre Eigenständigkeit in der jeweiligen Region langfristig erhalten können. Insgesamt ist die HASPA-Gruppe gut aufgestellt und kann aus einer Position der Stärke für ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung und Zusammenarbeit der Sparkassen in Norddeutschland werben.

Nach derzeitigem Stand gehen wir davon aus, dass die HASPA-Gruppe mit insgesamt leicht steigenden Konzern-Jahresüberschüssen 2010 und auch 2011 wieder auf ihren Wachstumspfad einschwenkt. Die erwartete Entwicklung der Unternehmen der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der klaren strategischen Ausrichtung und dem Wachstumspotenzial im Retailbanking in der Metropolregion Hamburg sowie einem fokussierten und aktiven Beteiligungsmanagement beeinflusst. Für die Hamburger Sparkasse AG wird ein erfreuliches Betriebsergebnis vor Bewertung für 2010 wie auch für das Folgejahr prognostiziert. Dieses resultiert aus einer voraussichtlichen Erhöhung des Zinsüberschusses vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus im kurzfristigen Bereich. Für den Provisionsüberschuss wird in 2010 die Trendwende erwartet; das Ausmaß des künftigen Wachstums bleibt jedoch mit einem hohen Maß an Ungewissheit verbunden.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Auch vor dem Hintergrund eines weiter herausfordernden Umfelds erwartet die HASPA-Gruppe für die Jahre 2010 und 2011 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; ihnen stehen unseres Erachtens deutlich größere Chancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Ausgehend von unserer führenden Marktposition in der Metropolregion Hamburg und auf der Grundlage der Erfolge der vergangenen Jahre, können wir mit engagierten Mitarbeitern und Geschäftsleitungen in den Beteiligungen den künftigen Herausforderungen weiterhin mit Zuversicht begegnen. Auf der Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe rechnen wir mit einer Fortdauer der positiven Zukunftsperspektiven.

Hamburg, den 29. März 2010

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2009

Aktiva

Alle Betragsangaben in T €			2009	2008
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			257.779	220.334
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			498.223	407.259
			756.002	627.593
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-	-
b) Wechsel			-	-
			-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			525.253	1.672.646
b) andere Forderungen		(1)	3.442.019	3.569.631
			3.967.272	5.242.277
4. Forderungen an Kunden		(2)	24.878.883	23.395.816
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	10.261.770			(9.946.693)
Kommunalkredite	339.986			(181.353)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	733.332			(787.866)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		(3)		
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten			-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
ab) von anderen Emittenten			-	632.428
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
			-	632.428
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten			1.687.972	548.079
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.588.162			(548.079)
bb) von anderen Emittenten			2.690.843	2.315.994
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.507.182			(2.315.994)
			4.378.815	2.864.073
c) eigene Schuldverschreibungen			111.061	197.660
Nennbetrag	108.538			(193.183)
			4.489.876	3.694.161
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		(4)	4.528.182	4.306.738
7. Beteiligungen		(5)	204.262	214.152
darunter: an Kreditinstituten	12.367			(12.367)
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.157			(20.656)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			30.083	29.372
darunter: an Kreditinstituten	-			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen			73.431	68.423
davon: Unterschiedsbetrag	10.956			(12.782)
10. Treuhandvermögen		(6)	636	1.037
darunter: Treuhandkredite	636			(1.037)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-	-
12. Immaterielle Anlagewerte		(7)	19.166	7.216
13. Sachanlagen		(7)	168.775	177.376
14. Sonstige Vermögensgegenstände		(8)	195.143	163.412
15. Rechnungsabgrenzungsposten		(9)	7.650	13.003
Summe der Aktiva			39.319.361	37.940.576

Passiva

Alle Betragsangaben in T €			2009	2008
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		(10)		
a) täglich fällig			226.731	214.317
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			4.122.376	4.567.519
			4.349.107	4.781.836
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		(11)		
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			6.056.462	7.046.188
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			15.663	20.609
			6.072.125	7.066.797
b) Bauspareinlagen			748.302	736.723
c) andere Verbindlichkeiten				
ca) täglich fällig			11.747.174	7.941.868
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			8.802.847	10.233.077
			20.550.021	18.174.945
			27.370.448	25.978.465
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		(12)		
a) begebene Schuldverschreibungen			3.604.756	3.207.652
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-			(-)
			3.604.756	3.207.652
4. Treuhandverbindlichkeiten		(13)	636	1.037
darunter: Treuhandkredite	636			(1.037)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		(14)	98.048	152.354
6. Rechnungsabgrenzungsposten		(15)	46.488	48.363
7. Rückstellungen		(16)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			509.537	503.590
b) Steuerrückstellungen			84.282	37.998
c) andere Rückstellungen			138.116	166.600
			731.935	708.188
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			14.228	14.228
10. Genussrechtskapital			4.502	4.502
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	4.502			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			1.848	1.848
12. Eigenkapital		(17)		
a) gezeichnetes Kapital			-	-
b) Kapitalrücklage			-	-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage			2.802.136	2.729.632
cb) andere Rücklagen			-	-
			2.802.136	2.729.632
d) Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			20.507	20.615
e) Konzernbilanzgewinn			265.100	281.596
f) Anteile im Fremdbesitz			9.622	10.260
			3.097.365	3.042.103
Summe der Passiva			39.319.361	37.940.576

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			999.989	996.690
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	-
			999.989	996.690
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			1.676.255	1.410.702
			1.676.255	1.410.702

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Alle Betragsangaben in T €		2009	2008
1. Zinserträge aus	(18)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.304.399	1.548.504
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		132.287	110.309
		1.436.686	1.658.813
2. Zinsaufwendungen	(19)	-860.949	-1.212.148
		575.737	446.665
3. Laufende Erträge aus	(20)		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		174.186	190.244
b) Beteiligungen		4.609	5.742
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		6.428	3.641
		185.223	199.627
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		2.146	-1.814
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		1.100	124
6. Provisionserträge	(21)	256.481	287.474
7. Provisionsaufwendungen	(22)	-27.390	-26.490
		229.091	260.984
8. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		16.449	1.369
9. Sonstige betriebliche Erträge	(23)	97.489	135.307
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-	-
		1.107.235	1.042.262
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter		-303.865	-290.472
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-101.055	-87.605
darunter: für Altersversorgung	-46.746		(-35.362)
		-404.920	-378.077
b) andere Verwaltungsaufwendungen		-274.898	-282.792
		-679.818	-660.869
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		-15.359	-17.789
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(24)	-70.561	-51.743
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-185.968	-153.762

Alle Betragsangaben in T €		2009	2008
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-	954
		-185.968	-152.808
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-13.110	-41.041
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-	344
		-13.110	-40.697
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-469	-3.500
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		-	-
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		141.950	114.856
21. Außerordentliche Erträge		1	6
22. Außerordentliche Aufwendungen		-9	-2
23. Außerordentliches Ergebnis		-8	4
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(25)	-85.595	-48.739
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		51	-29
		-85.544	-48.768
26. Konzernjahresüberschuss		56.398	66.092
27. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		-391	-1.409
28. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		-	-
29. Konzerngewinn		56.007	64.683

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

	Mutterunternehmen				Minderheitengesellschafter		
in Mio €	Sicherheitsrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-Eigenkapital	Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Eigenkapital	Konzern-Eigenkapital
Stand am 01.01.2008	2.580,4	366,1	20,6	2.967,2	11,4	11,4	2.978,5
Verwendung Bilanzgewinn	149,2	-149,2	-	-	-	-	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-2,5	-2,5	-2,5
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-
Konzern-Jahresüberschuss	-	64,7	-	64,7	1,4	1,4	66,1
Stand am 31.12.2008	2.729,6	281,6	20,6	3.031,9	10,3	10,3	3.042,1
Verwendung Bilanzgewinn	72,5	-72,5	-	-	-	-	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-1,0	-1,0	-1,0
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2
Konzern-Jahresüberschuss	-	56,0	-	56,0	0,4	0,4	56,4
Stand am 31.12.2009	2.802,1	265,1	20,5	3.087,8	9,6	9,6	3.097,3

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2009 der HASPA Finanzholding in Höhe von 53,5 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2009 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 743,1 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Kapitalflussrechnung			2009 T €	2008 T €
1.		**Jahresüberschuss**	**56.398**	**66.092**
2.	+	Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	214.437	211.293
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	23.747	-73.589
4.	-/+	Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	590	-9.277
5.	-/+	sonstige Anpassungen (Saldo)	-3.243	3.012
6.		**Zwischensumme**	**291.929**	**197.531**
7a.	+/-	Forderungen an Kreditinstitute	1.275.005	1.901.809
7b.	+/-	Forderungen an Kunden	-1.653.165	-1.387.143
8.	+/-	Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-1.033.030	-1.841.119
9.	+/-	andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-25.975	-81.271
10a.	+/-	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-432.729	-1.079.553
10b.	+/-	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.391.983	2.615.557
11.	+/-	verbriefte Verbindlichkeiten	397.104	-285.209
12.	+/-	Genussrechtskapital	-	-
13.	+/-	andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-56.583	57.617
14.		**Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit**	**154.539**	**98.219**
15.	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von Anteilen an konsolidierten Unternehmen	-	-
16.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	1.547	27.173
17.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-	3.319
18.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.931	-2.701
19.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-4.723	-10.876
20.	+/-	Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-15.062	-4.891
21.		**Cash Flow aus Investitionstätigkeit**	**-25.169**	**12.024**
22.	+/-	Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)	-	-
23.	-	Auszahlungen an Minderheitengesellschafter	-961	-2.513
24.		**Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**-961**	**-2.513**
25.		Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	154.539	98.219
26.		Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-25.169	12.024
27.		Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-961	-2.513
28.		wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-	-
29.		**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**627.593**	**519.863**
30.		**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**756.002**	**627.593**

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben

Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2009 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in der Fassung vor Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die in Artikel 66 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) genannten bereits zum Jahresabschluss 2009 anzuwendenden Vorschriften hat die HASPA Finanzholding beachtet. Von der nach Artikel 66 Abs. 3 Satz 6 EGHGB gegebenen Möglichkeit, die in Artikel 66 Abs. 3 Satz 1 EGHGB genannten Vorschriften insgesamt bereits zum Jahresabschluss 2009 anzuwenden, hat die HASPA Finanzholding keinen Gebrauch gemacht.

Gemäß §§ 340 i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs.1 HGB i. V. m. § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet und um wesentliche Positionen des Bauspargeschäfts ergänzt. Weitergehende Erläuterungen zum Bauspargeschäft werden im Anhang gegeben.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode gemäß § 301 Abs.1 Satz 2 Nr.1 HGB mit den Wertansätzen bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss.

Die aus der Kapitalkonsolidierung entstehenden aktivischen und passivischen Unterschiedsbeträge werden im Rahmen der Erstkonsolidierung saldiert und als Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag setzt sich der Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung von TEUR 20.507 aus aktivischen Unterschiedsbeträgen in Höhe von TEUR 14.618 und passivischen Unterschiedsbeträgen in Höhe von TEUR -35.125 zusammen. Von den enthaltenen aktivischen Unterschiedsbeträgen in Höhe von TEUR 14.618 entfallen TEUR 8.642 auf ein im Rahmen der Quotenkonsolidierung einbezogenes Konzernunternehmen.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge werden gemäß § 312 Abs. 3 HGB auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt. Sich ergebende Geschäftswerte werden über einen Zeitraum von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierung	Anteil am Eigenkapital in %
– Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
– Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
– Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
– NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
– Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	77,50
– NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen 1. Januar 2006	60,00

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 21 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wird entsprechend der Anteile am Kapital (quotal) nach der Buchwertmethode in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierung	Anteil am Eigenkapital in %
– LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg 1. Januar 2007	42,50

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2009 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierung	Anteil am Eigenkapital in %
– Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
– Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt 31. Dezember 2005	25,10
– Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2006	24,69

Der Stimmrechtsanteil bei der Sparkasse Mittelholstein AG beträgt 25,78 %.

Im Berichtsjahr wurden fünf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz-

und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte

Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ wurden in der Darunterposition „durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen, d.h. es wurden neben den ausschließlich grundpfandrechtlich gesicherten Krediten auch die Realkreditanteile aus Gesamtdarlehen hier ausgewiesen.

Wertpapiere

Der überwiegende Teil der im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere wird in der Liquiditätsreserve geführt, daneben auch im Handelsbestand sowie im Anlagevermögen.

Für Handelsgeschäfte in emittierten Inhaberpfandbriefen einschließlich der abgeschlossenen Sicherungsinstrumente wurde im Geschäftsjahr eine Portfoliobewertung umgesetzt. Das Imparitätsprinzip wird hierbei beachtet. Der Ausweis der Erfolgsbeiträge erfolgt im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. Die laufenden Zinszahlungen aus den Anleihen sowie aus den Zinsswaps werden im Zinsergebnis erfasst.

Im Übrigen werden die Wertpapiere unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen

Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6 a EStG und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte werden je Geschäftsart risikomäßig zusammengeführt und zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Damit liegt bis auf geringfügige Überhänge, die als offene Positionen betrachtet werden, eine besondere Deckung vor.

Bei Deckungsgeschäften mit direkter Zuordnung zum jeweils abgesicherten Aktivposten wurde von dem Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses und der Abgrenzung von Swapstellen Gebrauch gemacht.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Bei den offenen Positionen werden die sich ergebenden Aufwendungen berücksichtigt.

Derivate

Zinsswaps werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt. Eine Bewertung wurde insoweit nicht vorgenommen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus konnte durch spezifische Fristentransformationsmaßnahmen ein zusätzlicher positiver Zinsüberschuss in Höhe von 50,3 Mio Euro erwirtschaftet werden. Insgesamt wird durch die Fristentransformationsmaßnahmen aus 2009 der Zinsüberschuss der Folgejahre begünstigt.

Bei der Emission von strukturierten Anleihen wurde das derivative Risiko durch Microhedges abgesichert. Eine Bewertung dieser Produkte hat deshalb nicht stattgefunden.

Für die Finanzinstrumente des Geldhandels wurde eine Portfoliobewertung vorgenommen. Das Imparitätsprinzip wird hierbei beachtet. Der Ausweis der laufenden Zinszahlungen aus den Zinsswaps erfolgt innerhalb des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewickelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind als „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ bilanziert. Die erforderlichen Bewertungsmaßnahmen werden gemäß Stellungnahme BFA 2/1993 bzw. BFA 2/1995 durchgeführt.

Bei den Kreditderivaten handelt es sich um Sicherungsgeberpositionen im Eigengeschäft. Eine Bewertung wurde nicht vorgenommen.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Aktiva**

(1) Forderungen an Kreditinstitute	2009 Mio €	2008 Mio €
Aufgliederung der Unterposition b) **andere Forderungen** nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	2.339,4	2.243,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	578,6	75,3
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	69,4	578,5
- über 5 Jahre	69,8	83,0

(2) Forderungen an Kunden	2009 Mio €	2008 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	14,7	19,0
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	45,5	47,5
Nachrangige Forderungen	1,4	0,9
darunter: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,4	0,5
Aufgliederung der Position **Forderungen an Kunden** nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.630,2	1.599,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	1.473,5	1.456,7
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	5.523,1	4.450,7
- über 5 Jahre	14.797,0	14.261,3
- mit unbestimmter Laufzeit	692,8	808,8

Angaben zum Bauspargeschäft

Die Zins- und Tilgungsrückstände bei Baudarlehen beliefen sich am Bilanzstichtag auf 1,3 Mio Euro, das sind 0,17 % des Bestands.

Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen:	2009 Mio €	2008 Mio €
a) aus Zuteilungen	52,1	51,1
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	5,2	9,3
c) sonstige	0,4	0,3
	57,7	**60,7**

(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2009 Mio €	2008 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	4.235,9	3.571,1
- nicht börsennotiert	253,7	123,1
Davon im Folgejahr fällig	878,0	1.402,0
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	35,3	35,3

Im Zuge einer Programmerweiterung und der Einführung eines neuen Verfahrens zur Abfrage der Wertpapierkurse ist es zu einer Anpassung in den Darunterpositionen des Vorjahres gekommen.

(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2009 Mio €	2008 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	2,5	1,9

In diesem Bilanzposten sind Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 4,5 Mrd Euro (Vorjahr 4,1 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfondsanteilen wurden Gewinne, soweit sie aus der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde vollständig ausgeschüttet.

(5) Beteiligungen	2009 Mio €	2008 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	85,8	85,8

(6) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

(7) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte Mio €	Sachanlagen Mio €
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2009	51,3	374,2
Zugänge	16,4	4,4
Abgänge	1,9	28,7
kumulierte Abschreibungen	46,6	181,1
Bilanzwert zum 31. Dezember 2009	**19,2**	**168,8**
Bilanzwert zum 31. Dezember 2008	7,2	177,4
Abschreibungen des Geschäftsjahres	3,1	12,2

Von den **Sachanlagen** entfallen auf:	2009 Mio €	2008 Mio €
- die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	98,3	94,0
- die Betriebs- und Geschäftsausstattung	46,9	53,6

(8) Sonstige Vermögensgegenstände	2009 Mio €	2008 Mio €
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- Schecks und andere Einzugspapiere	0,0	0,1
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	5,1	4,4
- sonstige Forderungen	190,0	158,9
	195,1	**163,4**

(9) Rechnungsabgrenzungsposten	2009 Mio €	2008 Mio €
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	5,6	12,5
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrg von Forderungen	1,4	0,0
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,6	0,5
	7,6	**13,0**

Erläuterungen zur Konzernbilanz Passiva

(10) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2009 Mio €	2008 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2,4	3,0
Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände	2.163,2	2.057,4
Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	193,2	116,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	203,4	341,6
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.534,1	1.060,3
- über 5 Jahre	1.818,5	2.386,2

(11) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2009 Mio €	2008 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14,1	14,9
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8,2	8,9
Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	0,6	1,1
- über 3 Monate bis 1 Jahr	0,2	0,3
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	14,9	192,5
- über 5 Jahre	0,0	0,0
Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	2.655,6	4.151,9
- über 3 Monate bis 1 Jahr	466,9	398,0
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	2.450,1	1.214,6
- über 5 Jahre	3.143,4	4.201,6

(12) Verbriefte Verbindlichkeiten	2009 Mio €	2008 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	530,5	1.784,1

(13) Treuhandverbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

(14) Sonstige Verbindlichkeiten	2009 Mio €	2008 Mio €
Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:		
- Steuerverbindlichkeiten	45,5	114,7
- sonstige Verbindlichkeiten	52,5	37,7
	98,0	**152,4**

(15) Rechnungsabgrenzungsposten	2009 Mio €	2008 Mio €
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	33,8	38,1
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	9,2	3,4
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	3,5	6,9
	46,5	**48,4**

(16) Rückstellungen

Steuerrückstellungen
Die Steuerrückstellungen enthalten 8,8 Mio Euro (Vorjahr 8,1 Mio Euro) Steuerabgrenzungen nach § 274 Abs. 1 HGB (7,5 Mio Euro; Vorjahr 7,5 Mio Euro) bzw. nach § 306 HGB (1,3 Mio Euro; Vorjahr 0,6 Mio Euro). Im Berichtsjahr sind Aufwendungen für die Bildung latenter Steuern in Höhe von 0,7 Mio Euro (Vorjahr Erträge 75,2 Mio Euro) angefallen. Der für die Ermittlung zugrunde gelegte Steuersatz beträgt in Anlehnung an DRS 10.25 32,12 %.

(17) Eigenkapital	2009 Mio €	2008 Mio €
Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:		
Konzernjahresüberschuss	**56,4**	**66,1**
konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	-0,4	-1,4
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	0,0	0,0
Konzerngewinn	**56,0**	**64,7**
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	281,6	366,1
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,0	0,0
b) aus anderen Rücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	-72,5	-149,2
b) in andere Rücklagen	0,0	0,0
Einstellung in konzernfremde Rücklagen	0,0	0,0
Konzernbilanzgewinn	**265,1**	**281,6**

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(18) Zinserträge
Diese Position enthält Zinserträge aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 37,8 Mio Euro (Vorjahr 39,6 Mio Euro).

(19) Zinsaufwendungen
In dieser Position sind Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen in Höhe von 17,2 Mio Euro (Vorjahr 17,9 Mio Euro) enthalten.

(20) Laufende Erträge aus	2009 Mio €	2008 Mio €
- Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	174,2	190,2
- Beteiligungen	4,6	5,8
- Anteilen an verbundenen Unternehmen	6,4	3,6
	185,2	**199,6**

(21) Provisionserträge
Etwa 20 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung. Darüber hinaus enthält diese Position Erträge aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 5,4 Mio Euro (Vorjahr 5,9 Mio Euro).

(22) Provisionsaufwendungen
In dieser Position sind Provisionen aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 3,5 Mio Euro (Vorjahr 4,0 Mio Euro) enthalten.

(23) Sonstige betriebliche Erträge	2009 Mio €	2008 Mio €
Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:		
- Grundstückserträge	6,5	9,3
- übrige sonstige betriebliche Erträge	91,0	126,0
	97,5	**135,3**

(24) Sonstige betriebliche Aufwendungen	2009 Mio €	2008 Mio €
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:		
- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude	2,0	3,9
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	68,6	47,8
	70,6	**51,7**

(25) Steuern vom Einkommen und Ertrag
In dieser Position sind Aufwendungen für die Bildung latenter Steuern in Höhe von 0,7 Mio Euro (Vorjahr Erträge 75,2 Mio Euro) enthalten.

Sonstige Angaben

Vorstand und Verwaltungsrat

Im Geschäftsjahr 2009 betrugen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 2,5 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 2,1 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 18,6 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf insgesamt 0,4 Mio Euro mit einem Zinssatz von 3,8 % bzw. 4,5 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betrugen im Geschäftsjahr 0,3 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 2,1 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer

Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 1,1 Mio Euro, davon 1,0 Mio Euro für andere Abschlussprüfer, aufgewendet. Insgesamt entfallen 1,0 Mio Euro auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 0,9 Mio Euro für andere Abschlussprüfer, und 0,1 Mio Euro auf andere Bestätigungsleistungen, davon 0,1 Mio Euro für andere Abschlussprüfer.

Beschäftigte

im Jahresdurchschnitt	
Vollzeitkräfte	4.222
Teilzeitkräfte	739
	4.961
Auszubildende	409
	5.370

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 1.413 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden in anteilsmäßig einbezogenen Unternehmen durchschnittlich 83 Vollzeitkräfte, 18 Teilzeitkräfte und 4 Auszubildende beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen	**Mio €**
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:	
- 2010	37,5
- 2011	36,1
- 2012	36,6
	110,2

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Zum Abschlussstichtag wurden der Deutschen Bundesbank für Offenmarktgeschäfte Wertpapiere mit einem Buchwert von 3.333,9 Mio Euro zur Verpfändung hinterlegt, Verpflichtungen hieraus bestanden nicht.

Daneben wurden im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen und Clearingstellen 16,3 Mio Euro in Anspruch genommen, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 174,0 Mio Euro hinterlegt wurden.

Außerdem bestehen Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,0 Mio Euro sowie ausstehende Einzahlungen in Höhe von 18,5 Mio Euro.

Mit Zeichnungsschein vom 8. Februar 2007 hat die HASPA Finanzholding an der Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG teilgenommen und damit eine Kapitalzusage erteilt. Aus der in 2011 durchzuführenden Kapitalerhöhung resultiert per 31. Dezember 2009 eine noch ausstehende Einzahlung in Höhe von 3,0 Mio Euro.

Fremdwährung

Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 1.030,1 bzw. 411,3 Mio Euro.

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresultimo 2009 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2009 in Mio €	Nominalwerte				Marktwerte	
	Restlaufzeit					
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Caps	24,0	121,9	25,2	171,1	0,5	0,5
- Collars	10,2	92,9	16,0	119,1	2,4	2,4
- Forward Rate Agreements	50,0	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0
- Wertpapier-Termingeschäfte	10,0	25,0	0,0	35,0	0,0	0,4
- Strukturierte Swaps	51,0	1.102,5	6.267,0	7.420,5	111,4	33,7
- Zinsswaps	13.098,1	27.445,5	8.406,6	48.950,2	526,3	888,8
Börseninstrumente						
- Zins-Futures	1.047,0	0,0	0,0	1.047,0	5,2	0,2
Summe	**14.290,3**	**28.787,8**	**14.714,8**	**57.792,9**	**645,8**	**926,0**
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Collars	0,0	3,4	0,0	3,4	0,1	0,1
- Devisenoptionen	12,7	0,5	0,0	13,2	0,1	0,2
- Devisen-Termingeschäfte	1.506,1	28,1	0,0	1.534,2	19,7	21,8
- Währungsswaps	4,0	32,9	170,9	207,8	19,6	15,9
Summe	**1.522,8**	**64,9**	**170,9**	**1.758,6**	**39,5**	**38,0**
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken						
OTC-Produkte						
- Strukturierte Swaps	0,0	10,0	0,0	10,0	0,0	0,0
Börseninstrumente						
- Aktien-Optionen	13,0	0,4	0,0	13,4	0,2	0,1
- Index-Futures	11,8	0,0	0,0	11,8	0,2	0,0
- Index-Optionen	256,6	0,0	0,0	256,6	0,9	7,6
Summe	**281,4**	**10,4**	**0,0**	**291,8**	**1,3**	**7,7**
Kreditderivate						
OTC-Produkte						
- Credit Default Swaps	0,0	550,0	0,0	550,0	2,6	10,3
Summe	**0,0**	**550,0**	**0,0**	**550,0**	**2,6**	**10,3**

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2009 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell).

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten emittiert die Hamburger Sparkasse AG strukturierte Wertpapiere, denen in einem Microhedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller zinsbezogenen Geschäfte der Hamburger Sparkasse AG wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen. Mit den Zinsswaps wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation der Hamburger Sparkasse AG gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinssicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Handelsgeschäfte mit Kunden, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhandelsgeschäfte und Absicherungsgeschäfte für eigene Wertpapiere in den Spezialfonds.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Bei den Kreditderivaten handelt es sich um Sicherungsgeberpositionen im Eigengeschäft. Die Underlyings bestehen ausschließlich aus Staaten der EU oder Unternehmen, die im iTraxx Europe Index enthalten sind, mit Ratings im Investment-grade-Bereich.

Pfandbriefe

Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1	2009 Mio €	2008 Mio €
Hypothekenpfandbriefumlauf		
- Nennwert	1.682,7	1.143,1
- Barwert	1.810,2	1.229,0
- Risikobarwert[1)]	1.673,7	1.141,1
Deckungsmasse		
- Nennwert	2.608,3	2.207,1
- Barwert	2.829,1	2.363,3
- Risikobarwert[1)]	2.679,7	2.236,1
Überdeckung		
- Nennwert	925,6	1.064,0
- Barwert	1.018,9	1.134,3
- Risikobarwert[1)]	1.006,0	1.095,0

1) dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	2009 Mio €	2008 Mio €
Laufzeitstruktur des Hypothekenpfandbriefumlaufs		
- bis zu 1 Jahr	10,0	0,0
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	516,0	10,0
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	4,0	516,0
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	2,0	1,0
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	44,8	0,0
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	476,7	334,4
- mehr als 10 Jahre	629,2	281,7
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
- bis zu 1 Jahr	211,9	251,2
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	275,6	193,1
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	237,6	244,4
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	297,0	187,7
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	239,0	211,3
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.126,6	928,6
- mehr als 10 Jahre	220,6	190,9

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4

In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte in Höhe von 50,0 Mio Euro enthalten.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1	2009 Mio €	2008 Mio €
a) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen[1)]		
Kreditdeckung		
- bis 300 TEUR	1.412,4	1.200,4
- über 300 TEUR bis zu 5 Mio Euro	982,9	829,2
- mehr als 5 Mio Euro	163,0	127,5
b) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten[1) 2)]		
Bundesrepublik Deutschland	2.558,3	2.157,1

c) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart[1) 2)]	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
- Wohnungen	271,6	221,8	0,0	0,0
- Einfamilienhäuser	934,3	800,6	0,0	0,0
- Mehrfamilienhäuser	849,4	628,6	0,0	0,0
- Bürogebäude	0,0	0,0	199,9	165,8
- Handelsgebäude	0,0	0,0	55,4	29,3
- Industriegebäude	0,0	0,0	19,2	15,2
- sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	228,5	296,0
- unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
- Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0

1) ausschließliche Betrachtung der ordentlichen Deckung
2) keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2	2009 Mio €	2008 Mio €
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen[2)]	0,0	0,0

2) keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3a – 3c	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,0	0,0	0,0	0,0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Übernahme von Grundstücken	0,0	0,0	0,0	0,0
Rückstände Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

Treuhänder
Uwe Rollert, Unternehmensberater
Stellvertreter Dr. Heiner Holtappels, Notar a.D.
Stellvertreter Rainer Sinhuber, Richter i.R.

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2009[1]	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € [2]	Jahres-ergebnis des Unternehmens T € [2]
Name und Sitz des Unternehmens			
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	59,00 %	19.275,1 [3]	1.767,4 [3]
- Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	511,3 [3]	- [3] [4]
- Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	46,15 %	3.156,4	-360,7
- Heptagon Capital GmbH, Frankfurt am Main	46,20 %	50,4	2,7
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	100,00 %	1.669,0 [3]	- [3] [4]
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.337,6	-164,2
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-376,7	-70,4
- neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	14.382,6	296,6
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	99,10 %	34,1 [3]	1,3 [3]
- Nord-DIREKT Norddeutsche Direktservice GmbH, Hamburg	100,00 %	25,0 [3]	-4,6 [3]
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	21.363,1 [3]	- [3] [4]
- Dreizehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,5 [3]	-0,2 [3]
- Vierzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,5 [3]	-0,2 [3]
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,5 [3]	-0,2 [3]
Mittelbare Beteiligungen			
über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	25,77 %	2.759,1	91,9
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0 [3]	- [3] [4]
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	49,3	6,8
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	39.968,1	-0,1
- Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0 [3]	- [3] [4]
- Haspa Vertriebsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	150,8 [3]	- [3] [4]
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.337,6	-164,2
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-376,7	-70,4
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	6.324,0	498,9
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	20,6	-0,7
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,90 %	34,1 [3]	1,3 [3]
- SAG Süderelbe Projektgesellschaft AG & Co. KG, Lüneburg	25,00 %	485,7	-614,1
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	38,00 %	2.900,0 [3]	2.979,1 [3]
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	33,00 %	54.403,9	14.250,0
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	520,9	102,8
über Grossmann & Berger GmbH:			
- GBG Hansegrund GmbH Immobilienverwaltung, Hamburg	100,00 %	730,5	92,2
über NRS Norddeutsche Retail-Service AG:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	1.208,2	-256,8
- NRS Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	99,3	-1,1
- ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH, Hamburg	90,00 %	2.777,1	1.777,1
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	49,00 %	1.760,3	-260,6
über Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG:			
- GFA Beteiligungs GmbH, Hamburg	20,00 %	12.085,1	3.662,1
- LSH Lewien-Schaltex Holding GmbH, Halstenbek	45,00 %	2.045,5	116,0
- Sauer Spezialwerkzeug GmbH, Hamburg	49,00 %	860,6	210,0

[1] Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung bzw. nach § 313 Abs. 3 HGB entbehrlich ist

[2] Nach dem letzten für 2008 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis

[3] Nach dem letzten für 2009 vorliegenden Jahresabschluss

[4] Gewinnabführungsvertrag

Anhangangaben gemäß § 340 a Abs. 4 HGB

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

Vorstandsmitglieder

Dr. Harald Vogelsang

Aufsichtsrat

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg /Bremen, Vorsitzender

Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, Mitglied

Landesbank Berlin AG, Berlin, Mitglied

Jörg Wohlers

Aufsichtsrat

Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft, Hamburg, Mitglied

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen, Mitglied

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck, Mitglied

Dr. Jörg Wildgruber

Aufsichtsrat

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg, Vorsitzender

neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg, Vorsitzender

neue leben Holding Aktiengesellschaft, Hamburg, stellv. Vorsitzender

neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg, stellv. Vorsitzender

neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg, stellv. Vorsitzender

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg, stellv. Vorsitzender

Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg, 1. stellv. Vorsitzender

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt, 2. stellv. Vorsitzender

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen, Mitglied

Mitarbeiter

Dr. Sören Abendroth (Direktor)

Aufsichtsrat

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm, Mitglied

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg, Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel

Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg

neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt

Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck

Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg

Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses
Vorsitzender der Geschäftsführung der Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH

Peter Becker
Stellvertretender Präses
Bäckermeister
Präsident Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich
Rechtskundiges Mitglied
Vorsitzender der Geschäftsführung
Studio Hamburg GmbH

Prof. Dr. Jörg F. Debatin
Ärztlicher Direktor und Vorsitzender des Vorstands
Universitätsklinikum Eppendorf

Dipl.-Kfm. Günter Elste
Vorsitzender des Vorstands
Hamburger Hochbahn AG

Ulrich Hülgenhof
Betriebsratsvorsitzender (bis 30. April 2009)
Hamburger Sparkasse AG (bis 29. Januar 2009)

Dipl.-Kfm. Helga Jochens
Geschäftsführerin
Grundstücksverwaltung Johann Kaune Erben GmbH & Co. KG

Uwe Mellewigt
Betriebsratsvorsitzender (seit 13. Mai 2009)
Hamburger Sparkasse AG (seit 29. Januar 2009)

Dirk Reimers
Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Deutsche Nationalstiftung

Jürgen Ullrich
Ehemaliges Vorstandsmitglied
Hamburger Sparkasse (bis 29. Januar 2009)

Gabriele Voltz
Rechtsanwältin
Stellvertretende Vorsitzende
Verband Freier Berufe in der Freien und Hansestadt Hamburg (seit 29. Januar 2009)

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Jörg Wohlers
Stellvertretender Sprecher

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 29. März 2010

Der Vorstand

Dr. Vogelsang Wohlers Dr. Wildgruber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 16. April 2010

Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Wiechmann	Morfeld
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten dabei der Abschluss von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen (Ergebnisübernahmeverträgen) mit der Hamburger Sparkasse AG, der HLS Hamburger Logistik Service GmbH, der Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH und der Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, die Beteiligung an der Stützung der Sparkasse Südholstein durch Gewährung eines Nachrangdarlehens und weitere Maßnahmen sowie die Diskussionen um eine Fortentwicklung des Sparkassengesetzes für Schleswig-Holstein und mögliche Auswirkungen auf die Strategie der HASPA-Gruppe. Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in fünf turnusmäßigen Sitzungen und einer Sondersitzung am 27. April 2009 zur Stützung der Sparkasse Südholstein bzw. im schriftlichen Verfahren getroffen. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen.

Die Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2009 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2009 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach eigener Prüfung und Erörterung des Einzel- sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2009 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2009 zugestimmt.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2009 festzustellen und den Bilanzgewinn von 53,5 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 zu billigen.

Aus dem Kuratorium ist Frau Prof. Dr. Monika Auweter-Kurtz auf eigenen Wunsch am 6. Juli 2009 ausgeschieden. Vorstand und Verwaltungsrat danken Frau Prof. Dr. Auweter-Kurtz herzlich für ihr engagiertes Wirken im Interesse der HASPA Finanzholding und der gesamten HASPA-Gruppe.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. In gleicher Weise danken wir den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2009 gezeigte Engagement.

Hamburg, den 14. April 2010

Der Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer

Präses

699

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Gerichtliche Mitteilungen

Aufgebot

610 a II 3/10. Die **Commerzbank AG** in Hamburg als Bevollmächtigte der Eurohypo AG hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes Gruppe 03 Nummer 0000048 über die in Abteilung III Nummer 2 des Grundbuchs von Eißendorf Blatt 4215 für die Deutsche Centralbodenkredit AG in Köln (jetzt Eurohypo AG) eingetragene Grundschuld in Höhe von 150 000,– DM beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird daher aufgefordert, spätestens bis **15. September 2010** vor diesem Gericht, Bleicherweg 1, Zimmer 117, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls wird deren Kraftloserklärung erfolgen.

Hamburg, den 29. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 610 700

Aufgebot

610 a II 9/10. Die **ING-DiBa AG** in Frankfurt a. M., hat als Gläubigerin des im Grundbuch von Harburg Blatt 17 115 eingetragenen Grundstücks, das Aufgebot des Grundschuldbriefes über die in Abteilung III Nummer 2 dieses Grundbuchblattes für die ING-DiBa AG, Frankfurt a. M., eingetragene Grundschuld in Höhe von 33 569,57 Euro beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird daher aufgefordert, binnen **6 Wochen nach Veröffentlichung** im Amtlichen Anzeiger seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls wird deren Kraftloserklärung per Ausschließungsbeschluss erfolgen.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 610 701

Aufgebot

610 a II 10/10. Die Eigentümer Herr **Jürgen Schuchardt** und Frau **Karin Staashelm**, vertreten durch Notar Dr. Axel Pfeifer, Bergstraße 11, 20095 Hamburg, des im Grundbuch von Harburg Blatt 10 205 eingetragenen Grundstücks das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die in Abteilung III Nummer 6 dieses Grundbuchblattes für die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – eingetragene Hypothek in Höhe von 40 000,– DM beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird daher aufgefordert, binnen **6 Wochen nach Veröffentlichung** im Amtlichen Anzeiger seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls wird deren Kraftloserklärung per Ausschließungsbeschluss erfolgen.

Hamburg, den 25. Juni 2010

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg

Abteilung 610 702

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadtreinigung Hamburg, Anstalt öffentlichen Rechts, Bullerdeich 19, 20537 Hamburg, schreibt die Rahmenvereinbarung über die **Lieferung von Fat Clients** unter der Nummer **OV-RV 2010.22** im Offenen Verfahren aus. Nähere Angaben finden Sie im EG-Amtsblatt, Submissionsanzeiger, Bundesausschreibungsblatt, bi-Ausschreibungsblatt, Subreport sowie bei der Stadtreinigung Hamburg (Anschrift siehe oben) werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, Gebäude 1, Zimmer 108, und im Internet: www.srhh.de/Über uns/Ausschreibungen. Die Unterlagen können bis zum 10. August 2010 angefordert werden.

Hamburg, den 28. Juni 2010

Stadtreinigung Hamburg 703

Gläubigeraufruf

Nach Auflösung und Löschung der Firma **Pavlos Tsokas „LAKIS“ GmbH** (ehemals Amtsgericht Hamburg, HRB 44183) ist Vermögen bekannt geworden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Nachtragsliquidator, Rechtsanwalt Dr. Axel M. Weniger, Ida-Ehre-Platz 14 V, 20095 Hamburg, zu melden.

Hamburg, den 10. Juni 2010

Der Nachtragsliquidator 704

Gläubigeraufruf

Der Verein **Wohlfahrtsbestrebung e. V.** in Auflösung, wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 2. Dezember 2009 und durch Bestätigung des Registergerichtes zum 30. November 2010 aufgelöst. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, sich bis zum 30. September 2010 beim Verein, Poppenbüttler Chaussee 28, 22397 Hamburg-Duvenstedt, zu melden.

Hamburg, den 24. Juni 2010

Die Liquidatoren 705

Gläubigeraufruf

Nach Auflösung und Löschung der Firma **Wilhelm Georg Fleischgroßhandlung GmbH** (ehemals Amtsgericht Hamburg, HRB 34114) ist Vermögen bekannt geworden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Nachtragsliquidator, Rechtsanwalt Dr. Axel M. Weniger, Ida-Ehre-Platz 14 V, 20095 Hamburg, zu melden.

Hamburg, den 10. Juni 2010

Der Nachtragsliquidator 706

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).